



Bündnis **Soziale Bewegung** NRW

Alternativen für einen zukunftsfähigen Sozialstaat

ver.di e. V. • Postfach 33 02 11 • 40435 Düsseldorf

Karlstraße 123-127  
40210 Düsseldorf

An die Bündnispartner/innen  
Soziale Bewegung NRW  
sowie die

Telefon: 0211- 618 24 205

Telefax: 0211 - 618 24 480

e-mail:

[juergen.glaubitz@verdi.de](mailto:juergen.glaubitz@verdi.de)

Lokalen Bündnisse in NRW

3. Juni 2004

## Aktionskonferenz am 26. Juni 2004

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

hiermit laden wir zu unserer zweiten Aktionskonferenz ein.

**Tag: Samstag, 26. Juni 2004**  
**Zeit: 10:30 Uhr bis 16:30 Uhr**  
**Ort: ver.di-Landesbezirksleitung**  
**Düsseldorf – Nähe Hauptbahnhof**  
**Karlstraße 123 – 127.**

Als inhaltliche Schwerpunkte sind vorgesehen:

- **Austausch über Aktivitäten in den lokalen Bündnissen**
- **Wie weiter nach dem 3. April? – Perspektiven für Arbeit in 2004.**

Teilnehmer/innen dieser Veranstaltung sind zum einen die Bündnispartner/innen des Bündnisses Soziale Bewegung NRW sowie Vertreter/innen der lokalen Bündnisse. Ein Ablaufplan ist beigelegt. – Damit wir die Konferenz entsprechend vorbereiten können, bitten wir herzlich darum, sich bis zum 18. Juni 2004 verbindlich anzumelden. Dazu bitte den beigelegten Rückmeldebogen benutzen oder per Email: [irene.schnabel@verdi.de](mailto:irene.schnabel@verdi.de) anmelden.

Mit kollegialen Grüßen



Jürgen Glaubitz

Anlagen

## **Zweite landesweite Aktionskonferenz**

**26. Juni 2004**

**ver.di Landesbezirksleitung, 40210 Düsseldorf, Karlstr. 123-127**

---

- |                  |  |
|------------------|--|
| <b>10:30 Uhr</b> | <b>Eröffnung und Begrüßung</b>   |
| <b>10:40 Uhr</b> | <b>Austausch über Aktivitäten in den<br/>lokalen Bündnissen</b><br><br>Krefeld<br>Herford<br>Essen |
| <b>12:00 Uhr</b> | <b>Mittagspause</b>  |
| <b>13:00 Uhr</b> | <b>Follenvortrag: Wie weiter nach dem<br/>3.April?</b>   |
| <b>13:45 Uhr</b> | <b>Plenumdebatte: Was macht das BSB?</b>   |
| <b>16:00 Uhr</b> | <b>Zusammenfassung/ Schlussworte</b>   |



Bündnis **Soziale Bewegung** NRW

Alternativen für einen zukunftsfähigen Sozialstaat

## **Bündnis Soziale Bewegung NRW**

- PartnerInnenorganisationen
- Lokale Bündnisse

# Rückmeldebogen

## **Aktionskonferenz 26. Juni 2004 in Düsseldorf**

**Ich nehme teil** .....

**Ich nehme nicht teil** .....

---

Name: .....

Organisation: .....

Anschrift privat: .....

.....

---

### **zurück an:**

verdi LBL NRW  
Irene Schnabel  
Karlstraße 123-127, 40210 Düsseldorf

**oder per FAX: 0211-61824460**

# Wie weiter nach dem 3.April

## **Vorbemerkungen**

Am 03. April 2004, dem Europäischen Aktionstag, haben mehr als 500.000 Menschen gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit demonstriert. Die hohe Beteiligung war ein großer Erfolg aller Beteiligten. Sie haben eine der größten Demonstrationen organisiert, die je in Deutschland stattgefunden hat. Das **Bündnis Soziale Bewegung NRW (BSB)** hat maßgeblich zur Mobilisierung der Demo in Köln beitragen können.

Auf dem **Perspektivenkongress** wurde die Diskussion zwischen verschiedenen Gruppen und Organisationen der sozialen Bewegung intensiviert. Unser Bündnis gehörte zu den 70 Mitträgerorganisationen und hat auf dem Kongress in einem Workshop über die Arbeit des **Bündnis Soziale Bewegung NRW** informiert.

Die Diskussion auf dem Perspektivenkongress hat zu einem besseren Verständnis beigetragen. Das ist eine gute Basis für weitere gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten. Wichtig ist dabei, dass die unterschiedlichen Kulturen akzeptiert und auf dieser Grundlage gemeinsame Positionen entwickelt werden. Beim Treffen von MultiplikatorInnen auf dem Kongress wurde angeregt, dass jede Organisation „im eigenen Haus“ die Bereitschaft zur Vernetzung verstärken und politische Alternativen herausstellen soll. Der Kongress hat zur Weiterentwicklung und Regionalisierung der Sozialen Bewegung aufgerufen.

Anknüpfend an die hervorragende Mobilisierung am 03. April 2004 müssen Konzepte für die weitere Vorgehensweise entwickelt und abgesprochen werden. Darüber wurde zwischenzeitlich in verschiedenen Organisationen (Gewerkschaften, Sozialforen, Steuerungskreisen usw.) diskutiert.

Die Koordinierungsgruppe des **BSB** hat sich am 28.Mai ebenfalls mit der Frage über das weitere Vorgehen beschäftigt. Über den derzeitigen Stand der Überlegungen wie es weitergeht, möchten wir mit diesem **Diskussionspapier** informieren.

## **1. Themenfelder für die weitere Auseinandersetzung**

In den verschiedenen bundesweiten Zusammenhängen ist darüber informiert worden, dass es jetzt wichtig sei, sich auf bestimmte Themen bzw. Schwerpunkte zu konzentrieren. Diese Forderungen müssen für eine breite Mobilisierung sowohl der Beschäftigten wie auch weiter Bevölkerungsgruppen geeignet sein. Die Mobilisierung müsse auch weit in die Betriebe und Verwaltungen hinein reichen.

Die Diskussion über eine Schwerpunktsetzung und gemeinsame Forderungen hat in den bundesweiten Zusammenhängen nicht zuletzt die Funktion, den politischen Rahmen eines weiteren gemeinsamen Vorgehens abzustimmen – ein Prozess, den das BSB mit seinen in den gemeinsamen Materialien formulierten Forderungen bereits hinter sich gebracht hat. Gleichwohl sind entsprechende Orientierungen der Bundesebene natürlich für uns in NRW von Bedeutung.

Der Vorbereitungskreis zum **follow up** (siehe Anlage 1) hat dazu vier Schwerpunkte herausgearbeitet:

- Arbeit poor – Alternativen der Beschäftigungspolitik
- Arbeitszeitverlängerung – meine Zeit ist mein Leben
- Standortpolitik – Ende des Neoliberalismus
- Privatisierungswahn – Güter im allgemeinen Interesse.

Diese wurden im follow up nach Kongressende teils kritisch diskutiert. Der Kreis um das IG-Metall-Verbindungsbüro soziale Bewegungen (Einlader: Horst **Schmitthener**) hat dann die folgenden fünf Forderungsschwerpunkte (siehe Anlage 2) formuliert:

- gegen Arbeitszeitverlängerung – für Arbeitszeitverkürzungen
- gegen die Zumutbarkeitsregelungen/ Hartz IV, für einen gesetzlichen Mindestlohn und ein Existenzgeld für alle
- gerechte Steuern – gegen Studiengebühren
- gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen – für eine öffentliche Daseinsfürsorge
- gegen die Privatisierung im Renten- und Gesundheitsbereich – für eine Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Einkommen

Die **AG Vorbereitung der Aktionskonferenz vom 17./18. Januar 2004** hat folgende Themenfelder vorgeschlagen (siehe Anlage 3):

- Wiedereinführung der Vermögensteuer und Reform der Unternehmensbesteuerung
- weg mit den Praxisgebühren und Zuzahlungen bei der Gesundheitsreform
- weg mit den Zumutbarkeitsverschärfungen für Arbeitslose und Beibehaltung der Arbeitslosenhilfe
- keine weiteren Verschlechterungen der gesetzlichen Altersversorgung.

**ver.di** hat auf der Sitzung des Gewerkschaftsrates am 2. Juni 2004 folgende Themenfelder und Forderungen für die weitere Auseinandersetzung herausgestellt:

- Ein gerechtes, einfaches und ergiebigeres Steuersystem mit einer Vermögens- und Erbschaftssteuer, die große Vermögen angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt.

- Eine soziale Bürgerversicherung statt Praxisgebühr und Zuzahlungen: Wer mehr verdient, soll höhere Beiträge zahlen. Der Arbeitgeber beteiligt sich und zahlt die Hälfte.
- Einkommen, die zum Leben reichen statt Niedriglöhne, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen und Leistungskürzungen für Arbeitslose!
- Auskömmliche Renten in einer solidarischen gesetzlichen Alterssicherung statt Rentenkürzungen.
- Mehr Investitionen und soziale Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung!
- Mehr Arbeitsplätze durch öffentliche Investitionsprogramme statt immer weniger Arbeitsplätze durch immer längere Arbeitszeiten.
- Bezahlbare öffentliche Dienstleistungen statt Privatisierung und Ausverkauf öffentlicher Güter.

Schließlich haben mehrere **Gewerkschaften** zwischenzeitig so genannte **Arbeitnehmerbegehren** gestartet, in dessen Mittelpunkt ebenfalls eine Reihe alternativer Forderungen steht (siehe Anlage 4).

Das **Bündnis Soziale Bewegung NRW** hat darüber hinaus in dem gemeinsamen Plattformtext vom August 2003 (siehe [www.verdi-nrw.de](http://www.verdi-nrw.de)) Forderungen für eine solidarische Gesellschaft herausgearbeitet, auf die wir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich hinweisen.

---

## 2. Aktionsplanung

Aus den unterschiedlichen Organisationen und Kreisen heraus gibt es die Überlegung, um den **17. November 2004** herum **bundesweite dezentrale Aktionstage** durchzuführen.

Die Koordinierungsgruppe hat in der Sitzung am 28. Mai 2004 dafür plädiert, dass das **Bündnis Soziale Bewegung NRW** in diesem Zusammenhang eine „wahrnehmbare“ Rolle spielen sollte. Mögliche Ansätze dazu sind:

- Jede der **PartnerInnenorganisationen** plant eigene Beiträge im Rahmen der Aktionstage
- Die **lokalen Bündnisse** führen eigene Veranstaltungen im Zusammenhang mit den Aktionstagen durch.

➤ Das **Bündnis Soziale Bewegung NRW** wird darüber hinaus seine Arbeit weiter intensivieren. Mögliche Aktivitäten:

- Bildung weiterer lokaler Bündnisse
- Erweiterung des UnterstützerInnenkreises
- Durchführung einer Fachkonferenz
- Beteiligung im Rahmen von Demonstrationen/ Kundgebungen usw.

Schließlich sollte darüber beraten werden, ob und ggf. wie das **BSB** die Durchführung der „Arbeitnehmerbegehren“ der Gewerkschaften unterstützt.

für die Koordinierungsgruppe des BSB  
gez. J.Glaubitz  
03.Juni 2004

---

Wir möchten alle PartnerInnenorganisationen und lokalen Bündnisse auffordern, im Vorwege der Aktionskonferenz zu diskutieren, ob sie die Richtung der genannten Punkte unterstützen können. Insbesondere möchten wir darum bitten, sich Gedanken darüber zu machen, wie ein dezentraler Aktionstag im Herbst mit eigenen Aktivitäten gefüllt werden kann.

---

Hamburg/Frankfurt, 2. Mai 2004

## Perspektivenkongress: follow up

Der Arbeitskreis zum follow up des Perspektivenkongresses hat sich auf seiner Sitzung am 26.4. in Berlin auf die folgenden vier inhaltlichen Schwerpunkte verständigt, die eine Zuspitzung und Bündelung der politischen Auseinandersetzungen ermöglichen. Das Thema Europäische Integration/Erweiterung wird als Querschnittsthema verstanden.

### 1. Arbeit poor – Alternativen der Beschäftigungspolitik

a) *aktuelle politische Zuspitzung*: Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit bis in 2005; Umsetzung Hartz IV = massive Leistungskürzungen durch Arbeitslosengeld II/Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose; Ausgrenzung einer halben Million Langzeitarbeitsloser aus dem Leistungsbezug, wachsende Armut und Ausgrenzung von Frauen; Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen: jede Arbeit, auch unter Tarif und geringfügige Beschäftigung, gilt als zumutbar; Druck auf Beschäftigte und Tarifregelungen

b) *weiterführende Themen/Bündelung*: Durchbruchstrategie des Neoliberalismus i.S. der Vermarktlichung und Deregulierung des Arbeitsmarktes; hire-and-fire: Durchlöcherung des Kündigungsschutzes (hier Zusammenhang zu den Auseinandersetzungen in der EU um Kündigungsschutzrecht); Prekarisierung und Niedriglohnsektorstrategien insbesondere in Beschäftigungsfeldern von Frauen (im Zusammenhang mit den anderen Hartz-Gesetzen zu Mini-/Midi-Jobs, Ich-AGs, Leiharbeit etc.); Debatte um Mindestlohn/Existenzgeld infolge der Aushebelung des Grundsatzes existenzsichernder Arbeit; Jugendarbeitslosigkeit; europäische Beschäftigungsbilanzen

c) *Alternativen*: insgesamt Ansätze alternativer Wirtschaftspolitik, insbesondere: Ausweitung öffentlicher Investitionen für eine qualitative, nachhaltige Wachstumspolitik; differenzierte Ansätze für Arbeitszeitverkürzung; neue Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik; Ausbildungsplatzumlage; Beschäftigung im Non-Profit-Sektor

d) *öffentliche Aktionen*: Sand ins Getriebe von Hartz IV: Zumutbarkeit; ALG II-Umstellung, Niedriglohn – angekündigte Aktionen der IG BAU, ver.di etc.; Oktober/November sind Aktionen der Arbeitslosenverbände geplant; Ausbildungsplatzbilanz im Okt. – u.a. IG Metall-Jugend; ggf. Armutskonferenz; Attac-Kampagne: Genug für Alle

### 2. Arbeitszeitverlängerung – meine Zeit ist mein Leben

a) *aktuelle politische Zuspitzung*: Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42-Stunden-Woche im ÖD; Arbeitszeitverlängerung/-flexibilisierung in der Industrie (Siemens); Aufhebung der Ladenschlusszeiten; Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre

b) *weiterführende Themen/Bündelung*: Arbeiten ohne Ende/Vertrauensarbeitszeiten (im Zusammenhang mit neuen Produktionskonzepten); Verhältnis Familie und Beruf - Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern; Arbeitszeiten in Europa – Dumpingstrategien in Deutschland (u.a. Zukunft der 35-Stunden-Woche in Frankreich); Teilzeitarbeit und soziale Sicherung



c) *Alternativen*: Arbeitszeitverkürzung (kollektiv/für bestimmte Beschäftigtengruppen); innovative Arbeitszeitpolitik: Weiterbildungszeiten, Sabbaticals, Arbeitszeitkonten, gleitende Übergänge in die dritte Lebensphase; selbstbestimmte Kontrolle der Arbeitszeiten durch Mitbestimmung bei Personalbesetzung; VW-etc.-Modelle: 28 Stunden statt Arbeitslosigkeit (Debatte um Lohnausgleich); Lebensarbeitszeit (siehe Arbeitskämpfe in Italien und Frankreich); neues (europäisches) Normalarbeitszeitmodell

d) *Aktionen*: vor allem ver.di gegen 42-Stunden im ÖD – Zusammenhang mit Tarifrunde 2005; Aufruf „Männer gegen länger“; Aufruf gegen Arbeitszeitverlängerung (z.Zt. in Vorbereitung); Betriebsräteinitiative; ver.di-Arbeitszeitinitiative; IG Metall im Kontext der Umsetzung des Tarifvertrages 2004; arbeitszeitpolitische Konferenzen in 2005; Aktionen gegen Komplettfreigabe der Ladenöffnungszeiten

### **3. Standortpolitik – Ende des Neoliberalismus**

a) *aktuelle politische Zuspitzung*: Standortverlagerungen; Sonderwirtschaftszone Neue Bundesländer; EU-Osterweiterung: Drohkulisse und tatsächliche Folgen; Sozialdumping und Steuerdumping in Europa (Kritik Slovenien – aber womit hat Irland seine Investitionspolitik alimentiert?); GATS; Europawahl

b) *weiterführende Themen/Bündelung*: Lohnnebenkostendebatte/Umbau des Sozialstaats; Niedriglohnstrategien, Reaktivierung traditioneller Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern; Europäischer Wachstums- und Stabilitätspakt, Zinspolitik der EZB (in diesem Zusammenhang auch EU-Verfassung); Kyoto, Emmissionshandel; im Grunde die gesamte neoliberale Globalisierungsagenda – damit internat. Terrorismus und Friedenspolitik; Asyl- und Ausländerpolitik

c) *Alternativen*: der Wirtschafts-, Finanz-, Steuerpolitik; Koordinierung der Initiativen von Gewerkschaften, sozialen Verbänden u. Bewegungen in Europa

d) *Aktionen*: G8-Gipfel, WTO-Ministerkonferenz, Installierung der neuen EU-Kommission, Europäisches Sozialforum im Oktober in London;

### **4. Privatisierungswahn – Güter im allgemeinen Interesse**

a) *aktuelle Zuspitzung*: EU-Dienstleistungsrichtlinie; Krankenhaus-Privatisierungen; aktuelle Privatisierungen von Stadtwerken (Wasser, Strom, Abfall), Nahverkehr, Telekom,

b) *weiterführende Themen/Bündelung*: Bildung – neue PISA-Runde; Public-Private-Partnership; Cross Border Leasing; EU: offene Methode der Koordinierung, EU-Finanzregime;

c) *Alternativen*: Bürgerversicherung vs. Kopfprämien; öffentliche Investitionen, Stärkung kommunaler Finanzkraft; Konzepte von Bürgerhaushalten; Umverteilung: Vermögens-, Unternehmens-, Erschaftssteuer;

d) *Aktionen*: Bürgerbegehren; GEW-Konferenz „Bildung für alle“ (Nov. 2004); IG Metall-Kongress: Zukunft des Sozialstaates (2005)

**Schmitthener-Kreis**  
**20. Mai 2004 in Frankfurt**

Ergebnisprotokoll: Sven Giegold (Attac)

**TeilnehmerInnenkreis**

Es wird nochmals bestätigt, dass sich die zu den Sitzungen des Kreises Eingeladenen auch von Personen nach eigener Wahl vertreten lassen können.

**Arbeitnehmerbegehren**

Die Vorbereitenden von der IGmetall erklären, dass der Textentwurf des Arbeitnehmerbegehrens in der Substanz nicht mehr zu ändern ist, weil er bereits komplizierte Abstimmungsprozesse innerhalb der Gewerkschaften hinter sich hat. Von verschiedener Seite wird Kritik am Text geäußert. Insbesondere fehlt eine internationale Orientierung, die Forderung nach Grundsicherung und Mindestlohn, die makroökonomischen Forderungen bleiben sehr begrenzt und die Orientierung auf Wachstum wird problematisiert.

Die Gewerkschaftsvertreter schlagen den anderen Organisationen vor, das Arbeitnehmerbegehren durch eigene Initiativen zu unterstützen, z.B. Verbreitung des Textes, Veranstaltungen dazu bis hin zu einer eigenen, ähnlichen Initiative. Attac sagt zu den Text zu verbreiten, auch wenn es wohl keinen eigenen Aufruf dazu geben wird.

**Weitere gemeinsame Aktivitäten / Schwerpunktforderungen für den Herbst**

Es wird verabredet einen gemeinsamen Aufruf (1 DIN A4-Seite) für den Herbst noch vor der Sommerpause zu verbreiten. Dieser Aufruf soll mit einem allgemeinen Teil beginnen, der die Ablehnung von Agenda 2010 & des Neoliberalismus betont und die weiteren Forderungen in den Prozess der neoliberalen Globalisierung/Europäisierung/Standortpolitik einordnet sowie grundlegende Alternativen dazu fordert. Der zweite Teil soll konkrete Forderungen enthalten und zwar zu fünf Bereichen: a) Gegen Arbeitszeitverlängerung – für Arbeitszeitverkürzungen, b) Gegen die Zumutbarkeitsregelungen/Hartz IV, für einen gesetzlichen Mindestlohn und ein Existenzgeld für alle, c) Gerechte Steuern – gegen Studiengebühren, d) Gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen – für eine öffentliche Daseinsvorsorge, e) Gegen die Privatisierung im Renten- und Gesundheitsbereich – für eine Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Einkommen.

In einem dritten Bereich des Aufrufs soll zu den nächsten Schritten für die Bewegung aufgerufen werden: a) Gründung möglichst vieler Sozialforen/Bündnisse gegen Sozialabbau, b) Gemeinsame, dezentrale Aktionstage rund um Buß- und Betttag, c) Sozialforum in Deutschland 2005

Im Rahmen der gemeinsamen Aktionstage sollen folgende Ideen verfolgt werden:

a) Den Protest zu den Verantwortlichen tragen, etwa in Partei- und Abgeordnetenbüros und zu Arbeits- und Finanzämtern, b) Betriebliche Aktionen, c) Innovative Formen des sozialen Protests wie öffentliche ökonomische Alphabetisierung, Suppenküchen, Formen der Wiederaneignung.

Horst Schmitthener wird zu dem gemeinsamen Aufruf in Absprache mit Sven Giegold einen ersten Entwurf vorlegen.

# **“Gegen Agenda 2010 – für Umverteilung von oben nach unten”** **AG Vorbereitung der Aktionskonferenz vom 17./18. Januar 2004**

## **Protokoll**

### **der Beratung vom Samstag, 22. Mai 2004 im Frankfurter Gewerkschaftshaus**

Bernd Riexinger begrüßte die Teilnehmer/innen der Beratung; das Protokoll wurde von Willi van Ooyen übernommen. (Eine Anwesenheitsliste wurde erstellt.) Durch die Versandprobleme, haben leider nicht alle bisherigen Teilnehmer/innen der Vorbereitungs AG die Einladung zur Sitzung rechtzeitig erhalten. Dazu sollen erneut alle bisherigen Teilnehmer/innen der Vorbereitungs AG-Sitzungen (einschließlich derjenigen, die sich am 30. November 2003 für die AG gemeldet haben) erfasst und bei zukünftigen Einladungen bedacht werden.

#### **1. Kampagne gegen Sozialabbau bzw. für unsere Forderungen – Frankfurter Appell**

Michael Köster schlug vor, im ersten Punkt auch den Frankfurter Appell zu behandeln. Dies auch unter der Fragestellung, ob und inwieweit der Appell weiterhin als Plattform der Arbeit für diese Vorbereitungs AG betrachtet werden soll.

Zunächst wurde aber der **Informationsaustausch** über die nach dem 3. April 2004 stattgefundenen Treffen und neue politische Initiativen berichtet. Der Perspektivenkongress (14. – 16. Mai 2004 in Berlin) habe gezeigt, dass die Zusammenhänge der unterschiedlichen Sozialabbau-Maßnahmen von verschiedenen Initiativen mit eigenen Schwerpunkten bearbeitet werden. Zudem wurden die Politikfelder Globalisierung, Hochrüstung und der Abbau demokratischer Rechte thematisiert worden. Beim Perspektivenkongress seien weitere “Brücken” zu den Politikfeldern und den unterschiedlichen Bewegungen geschlagen worden. Mit 2.000 Teilnehmenden wurden die Erwartungen weit übertroffen. Drei Tage lang debattierten Menschen aus unterschiedlichsten Gruppen in Berlin über Spaltungstendenzen in der Gesellschaft und Alternativen zur gegenwärtigen Politik. Auch wenn es in Berlin noch nicht gelang alle Kräfte in diesen Prozess in gleicher Weise einzubeziehen. So fühlten sich die Erwerbsloseninitiativen nicht gleichberechtigt behandelt, die Friedensinitiativen waren unterrepräsentiert, die politische Linke verhielt sich abwartend.

Vor allem um zwei Grundmotive scharen sich die Anliegen der meisten Gruppen: Sie wollen ein Leben in Armut verhindern und den gesellschaftlichen Reichtum anders verteilen. Initiativen der Erwerbslosen und Sozialhilfeempfänger diskutierten über Hartz IV und Grundeinkommen, Gewerkschafter/innen über existenzsichernde Löhne und Rentner/innen über den Lebensstandard sichernde Renten. Die 70 Mitträgerorganisationen suchten danach, die Themen zu finden, um die sich der Protest bündeln könnte. Dies soll sich in der kommenden Zeit herauschälen

Beim Treffen von Multiplikator/innen auf dem Kongress wurde angeregt, dass jede Organisation “im eigenen Haus” die Bereitschaft zur Vernetzung verstärken und politische Alternativen herausstellen soll. Ebenso setzt das Trägerbündnis auf Regionalisierung. Lokale Veranstaltungen zu Themen, die auch den Perspektivenkongress geprägt haben, sollen jetzt folgen und die örtlichen Bündnisse stärken. Der Kongress und die folgenden Entwicklungen werden im Internet dokumentiert. Ein weiteres Treffen der **Veranstalter des Perspektivkongresses** zur Abstimmung über gemeinsame Aktionen und Forderungen wird am **26. Juni 2004 im Frankfurter Gewerkschaftshaus** stattfinden.

Die Vorbereitung des nächsten **Europäischen Sozialforums (ESF) in London** (14. – 17. Oktober 2004) sind im Prozeß der politischen und sozialen Auseinandersetzungen ebenfalls einzubeziehen. Auch die Vorschläge für Workshops und Seminare für London, müssen bis zur europäischen Versammlung, die am 19./20. Juni 2004 in Berlin stattfinden soll, eingebracht werden. Die soziale Frage in Europa wird in London eine zentrale Rolle spielen. Die vom Perspektivenkongress aufgegriffene Idee im Sommer 2005 ein erstes **Sozialforum in Deutschland** durchzuführen soll auf einer **Konferenz am 17./18. Juli 2004 in Frankfurt** weiter besprochen und festgelegt werden.

Auch über das Treffen vom Donnerstag, 20.5.04 in der Verwaltung der IG Metall (auf Einladung von Horst Schmitthenner) wurde informiert. Der Vorschlag der IG Metall die Sommerphase mit einem „Arbeitnehmerbegehren“ und einer Unterschriftenaktion zu überbrücken, wurde unterschiedlich bewertet. Der Text stellt sich als innergewerkschaftlicher Kompromiss dar und knüpfe nicht an die bei der Aktionskonferenz im Januar gefundenen Positionen an. Die entstandenen Irritationen über die verschiedenen Kreise, die sich jetzt mit der Konkretisierung der Aktionsschwerpunkte und –formen beschäftigten, wurden als ein notwendiger Prozeß begriffen. Die „Autorität“ der Vorbereitungs AG ergebe sich aus der Gemeinsamkeit, die sich bei der Aktionskonferenz am 17./18. Januar 2004 in Frankfurt gezeigt habe. Deshalb sei es zu begrüßen, dass sich andere Gruppierungen – einschließlich der Gewerkschaften – um Annäherung und Gemeinsamkeiten bemühten. Bei Akzeptanz der unterschiedlichen Bündnisse und Erkenntnis der unterschiedlichen

Einflussmöglichkeiten soll aber die Kooperation durch gegenseitige Einladung und Teilnahme an den jeweiligen Sitzungen ausgebaut werden.

Die Vorbereitungs-AG der Aktionskonferenz hatte es geschafft ein offenes Bündnis, dass keine Hegemonie-Ansprüche stellt und für weitere Partner offen ist, zusammenzubringen. Der "Frankfurter Appell" sollte als Plattform jetzt genutzt werden, um als gemeinsames Signal der Aktionskonferenz in der Vorbereitung weiterer nach außen zu wirken. Bernd Riexinger merkte an, dass die nunmehr vorliegenden 10.000 Unterschriften eher signalisierten, dass die Zeit für Unterschriftensammlungen nicht günstig, möglicherweise überholt sei. Jetzt müsse es darum gehen, den Forderungskatalog zu konkretisieren und – gemeinsam mit anderen – eine Zuspitzung zu finden, die auf eine erfolgreiche Umsetzung zielt und die Bewegung insgesamt voranbringe. Deshalb habe Ver.di Stuttgart – inzwischen unterstützt von verschiedenen Bezirken versucht, eine Konkretisierung des Forderungskataloges zu erreichen.

Der ver.di Bezirk Stuttgart hatte Vorstellungen für ein weiteres Konzept entwickelt und beantragt beim Gewerkschaftsrat/Bundesvorstand darüber zu entscheiden. Das Konzept gliedert sich in drei Teile, die inhaltlich miteinander verknüpft werden.

Es soll eine Kampagne angestoßen werden, die sich auf vier konkrete Forderungen konzentriert. Diese müssen dazu geeignet sein, sowohl Beschäftigte sowie weitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen und zu mobilisieren, als auch ganz oder teilweise durchsetzbar sein. Vorgeschlagen folgende Themenfelder:

- **Wiedereinführung der Vermögensteuer und Reform der Unternehmensbesteuerung (bzw. Rücknahme der letzten)**
- **weg mit den Praxisgebühren und Zuzahlungen bei der Gesundheitsreform (evtl. Krankengeld und Zahnersatz/Zahnbehandlung mit einbeziehen)**
- **weg mit den Zumutbarkeitsverschärfungen für Arbeitslose und Beibehaltung der Arbeitslosenhilfe**
- **keine weiteren Verschlechterungen der gesetzlichen Altersversorgung**

Die Forderung nach Einführung von Vermögensteuer ist exemplarisch für die Heranziehung großer Vermögen und von Kapitalbesitz zur Finanzierung des Gemeinwesens und wird von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. Die restlichen Forderungen sprechen sowohl Beschäftigte als auch Arbeitslose, Rentner und andere Bevölkerungsgruppen an und sind geeignet, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Betrieben breiten Zuspruch zu finden. Im Prinzip soll diese Kampagne eine Zuspitzung der Aktivitäten für Oktober/November vorsehen. Die Gewerkschaften und die mit ihnen verbündeten Organisationen könnten in der Lage sein, hier eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung zu repräsentieren bzw. zum Ausdruck zu bringen. Basis dieser Kampagne müssten neben den Gewerkschaften die regionalen Bündnisse gegen Sozialabbau sein. Diese müssten von Anfang an in die Entwicklung und Umsetzung eines solchen Konzepts mit einbezogen werden.

Daran solle nunmehr weitergearbeitet werden. Ähnliches ergebe sich aus dem Schmitthenner/Detje – Papier aus dem Follow-up – Treffen des Perspektivenkongresses. Es zeige sich das die Weiterentwicklung der sozialen Bewegungen in ähnlicher Richtung gingen. Insofern soll mit dem „Frankfurter Appell“ weitergearbeitet – auch Unterschriften gesammelt – werden.

Die „Vorbereitungs AG“ einigte sich darauf, dass eine kleinere Redaktionsgruppe (Bernd Riexinger, Sabine Leidig, Michael Köster und Willi van Ooyen) in nächsten Tagen einen Vorschlag für ein aktionsorientiertes Forderungspapier entwickeln soll, dass die grundsätzlichen Überlegungen aus Stuttgart und Berlin einbezieht. Dieses Papier soll auch erste Aktionsvorschläge enthalten. Orientiert werden soll auf regionale und örtliche Bündnisstrukturen, die sich inhaltlich und auch auf entsprechende Aktionen verständigen sollen.

## **2. Nächste Aktionskonferenz**

Einig waren sich die Sitzungsteilnehmer schon jetzt eine **Aktionskonferenz, die am 18. und 19. September 2004 in Frankfurt** stattfinden soll, einzuberufen. Die Aktionskonferenz findet im Zusammenhang mit einem hessischen Aktionstag gegen Sozialabbau und Arbeitszeitverlängerung am 18. September statt.

## **3. Innere Struktur**

Die Teilnehmer/innen sahen derzeit keine Notwendigkeit, sich mit der Legitimität der „Vorbereitungs AG“ zu beschäftigen und das von Anne Alex vorgelegte Papier zu diskutieren. Deshalb wurden dazu keine Beschlüsse gefasst.

## **4. Termine, Verschiedenes**

Als Termin für das **nächste Treffen wurde der Samstag, 3. Juli 2004 (11.00 Uhr im Frankfurter Gewerkschaftshaus)** vereinbart.

Die Sitzung endete um 16.30 Uhr

Für das Protokoll: Willi van Ooyen



Anlage 4

Home

Alternativen

Aktuelles

Links

Unterschreiben



## Reicht's? Wir haben Alternativen!

### Deutschland im Jahr 2004:

Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos. Tatsächlich fehlen rund sieben Millionen Arbeitsplätze.

Über 500.000 Jugendliche finden keinen Einstieg in das Berufsleben. Viele Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind in einem miserablen Zustand.

Der Konjunkturmotor stottert und kommt nicht in Fahrt, weil die Nachfrage im Inland und die Kaufkraft schwächeln – nicht nur die der Arbeitnehmer, auch die der Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Knapp ein Prozent der Haushalte verfügt insgesamt über mehr als ein Prozent des Geldvermögens. Über 50 Prozent der Haushalte dagegen kaum über ein Prozent. Die sozialen Gräben in der Gesellschaft werden tiefer.

**So kann es nicht weitergehen.  
Wir müssen gegensteuern.**

**Zu den Alternativen!**

Impressum und Datenschutzhinweise

**Für Arbeit und soziale  
Gerechtigkeit**


[Home](#)
[Alternativen](#)
[Aktuelles](#)
[Links](#)
[Unterschreiben](#)

## Ich unterstütze das Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik:

Wir brauchen mehr umweltverträgliches Wachstum, mehr Beschäftigung, mehr Chancengleichheit und mehr sozialen Zusammenhalt. Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten sind der falsche Weg. Sie führen zu mehr sozialer Ungerechtigkeit und verschärfen wirtschaftliche Probleme statt sie zu lösen.

Alternativen zur Politik von Rot-Grün, aber auch zu den Kahlschlagkonzepten von Schwarz-Gelb sind machbar und überfällig. Ich unterstütze das Arbeitnehmerbegehren für eine soziale Politik.

### Wir fordern:

- ➔ Ein gerechteres, einfacheres und ergiebigeres Steuersystem – mit einer Vermögensteuer, die große Vermögen ausreichend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt! ...mehr ➔
- ➔ Statt Praxisgebühren und Rentenkürzungen – eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und bei der Alterssicherung! ...mehr ➔
- ➔ Die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung! ...mehr ➔
- ➔ Mehr Investitionen und soziale Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung! ...mehr ➔
- ➔ Statt Arbeitszeitverlängerung – humane Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit für Männer und Frauen! ...mehr ➔
- ➔ Statt Niedriglöhnen, verschärften Zumutbarkeitsregelungen und weniger Leistungen für Arbeitslose – mehr Kaufkraft und Einkommen, die zum Leben reichen! ...mehr ➔

**hier unterschreiben!**

Impressum · email: [info@arbeitnehmerbegehren.de](mailto:info@arbeitnehmerbegehren.de)

**Für Arbeit und soziale  
Gerechtigkeit**